

# PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Agrarpolitik

Nr. 119/15 vom 17. März 2015

## **Daniel Günther und Heiner Rickers: Wir freuen uns über den Ausbau regionaler Schlachtkapazitäten durch die Firma Tönnies in Kellinghusen**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, der Parlamentarische Geschäftsführer Hans-Jörn Arp und der agrarpolitische Sprecher Heiner Rickers haben die Einigung über eine Übernahme der EU-Großschlachtereier R. Thomsen in Kellinghusen durch die Tönnies Lebensmittel GmbH & Co KG begrüßt:

„Wir freuen uns über den Ausbau regionaler Schlachtkapazitäten durch die Firma Tönnies in Kellinghusen. Damit bleiben Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Schleswig-Holstein. Die kurzen Transportwege sind im Sinne des Tier- und Umweltschutzes. Und der Verbraucher weiß, wo sein Fleisch herkommt“, erklärte Günther heute (17. März 2015) in Kiel.

Derzeit werden etwa zwei Drittel der in Schleswig-Holstein gemästeten Schweine zur Schlachtung außerhalb des Landes gebracht.

„Die CDU fordert deshalb seit langem, dass auch aus Gründen des Tierwohls Schlachtkapazitäten in Schleswig-Holstein ausgebaut werden müssen. Clemens Tönnies hat uns gegenüber hohe Investitionen in den Standort zugesagt, mit denen auch die Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Arbeitsplätze verbunden sein wird“, so CDU-Agrarexperte Heiner Rickers.

Günther und Rickers hatten sich kürzlich gemeinsam mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hans-Jörn Arp und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Peter Harry Carstensen über die Produktionsbedingungen im Tönnies-Werk in Rheda-Wiedenbrück informiert.

„Die dort eingehaltenen Standards sind vorbildlich. Das gilt sowohl für den Tier- und Arbeitsschutz, als auch für Hygienebestimmungen. Ich bin deshalb sicher, dass der Schlachtbetrieb in Kellinghusen in gute Hände gegeben wird“, so Rickers.

Darüber hinaus sei Tönnies in Schleswig-Holstein auch kein Unbekannter, da er bereits Werke in Böklund und Satrup mit insgesamt etwa 1600 Beschäftigten übernommen habe.